

Nachgefragt
«Der Fall geht ans Herz»

Die Geschichte von Bettina Rimensberger bewegt die Schweiz. Die 31-jährige leidet seit ihrer Geburt an spinaler Muskelatrophie, einer Krankheit, die zum Erstickenstod führen kann. Rimensbergers Krankenkasse will die Kosten für ein neues Medikament nicht übernehmen. Nun versucht sie, mit einem Crowdfunding 600 000 Franken zusammenzubekommen. Die Aktion verläuft äusserst erfolgreich (Ausgabe von gestern). Laut Crowdfunding-Experte Andreas Dietrich von der Hochschule Luzern gibt es dafür mehrere Gründe.

Andreas Dietrich, bislang sind Spenden von über 360 000 Franken für die Rettung von Bettina Rimensberger zusammengekommen. Überrascht Sie das?

Nein. Das Thema ist emotional und schnell erklärt, das Video zur Kampagne gut und professionell gemacht. Für solche Anliegen sind die Leute sehr gerne bereit, etwas zu spenden.

Gibt es noch weitere Gründe als die Schwere von Rimensbergers Krankheit?

Der Fall geht ans Herz. Und er beinhaltet den Aspekt der gefühlten «ungerechten» Krankenkasse. Auch nicht zu unterschätzen ist, dass das Video medial aufgenommen wurde – dadurch sehen es noch viele weitere Personen.



Andreas Dietrich, Co-Leiter des Instituts für Finanzdienstleistungen der Hochschule Luzern.

Bild: Corinne Glanzmann

Viele Crowdfundings waren erfolgreich, wie zum Beispiel jenes für das Stadion Kleinfeld in Kriens. Ist das eine nachhaltige Möglichkeit für Unternehmen und Privatpersonen, ihre Ideen zu verwirklichen?

In diesem Bereich haben wir in der Schweiz eine Erfolgsquote von rund 68 Prozent. Das Gesamtvolumen wächst stetig. Insofern kann Crowdfunding durchaus eine sinnvolle und interessante Option sein, ein Projekt zu finanzieren.

Trotzdem heisst es doch: «Willst du gelten, mach dich selten.» Allerdings scheint es, dass jeder für irgendwas ein Crowdfunding macht. Ist die Kuh nicht langsam gemolken? Die Schweizer sind grundsätzlich ein spenderfreudiges Volk. Und der Crowdfunding-Markt ist immer noch gering, verglichen mit dem gesamten Spendenmarkt. Insofern sehe ich noch keinen Overkill.

Kilian Küttel
kilian.kuettel@luzernerzeitung.ch

Hektik vor Tag der Entscheidung

Ladenöffnungszeiten Kurz vor dem richtungsweisenden Entscheid im Kantonsrat sisiert die Stadt Luzern ihr Projekt für längere Öffnungszeiten. Derweil fordern Wirtschaftsvertreter Korrekturen beim Abendverkauf.

Robert Knobel
robert.knobel@luzernerzeitung.ch

Die erste Kantonsratssession dieses Jahres startet am Montag mit einem heissen Eisen: Es geht darum, ob eine Motion zu den Ladenöffnungszeiten für dringlich erklärt und am Dienstag behandelt wird. Der Vorstoss, der von Mitgliedern sämtlicher Parteien unterstützt wird, fordert folgende neuen Ladenschlusszeiten:

- **Werktags:** 19 Uhr
- **Samstag:** 17 Uhr
- **Abendverkauf (21 Uhr):** 1x

Auf diese Neuerung haben sich die Parteien mit dem Detaillistenverband und den Gewerkschaften geeinigt. Die City-Vereinigung Luzern (CVL) und der städtische Wirtschaftsverband sind jedoch nicht einverstanden damit. Konkret fordern sie, dass weiterhin zwei Abendverkäufe pro Woche stattfinden können. Diese sollen aber nicht mehr bis 21 Uhr dauern, sondern nur bis 20 Uhr. Die Forderung hatten die Verbände zwar kürzlich beim «Runden Tisch» des Kantons zu den Ladenöffnungszeiten eingebracht, allerdings ohne Erfolg. Deshalb gelangen sie nun zusammen mit den Einkaufszentren und den Grossverteilern direkt an die Kantonsräte. In einem Brief fordern sie die Parlamentarier dazu auf, die Motion nur teilweise zu überweisen. Damit, so die Hoffnung, können die unbestrittenen Änderungen weiter verfolgt und gleichzeitig die Frage der Abendverkäufe neu verhandelt werden.

Angst vor einem Rückschritt beim Abendverkauf

Der Verzicht auf einen Abendverkauf bedeute einen Rückschritt, argumentieren City-Vereinigung und Wirtschaftsverband. Dies auch deshalb, weil die heutige Regelung mit zwei Abendverkäufen den Gemeinden und Geschäften einen gewissen Spielraum bietet. So ist beispielsweise in der Luzerner Altstadt vor allem der Abendverkauf am Donnerstag beliebt, während in den grossen Einkaufszentren eher der Freitagabend gut läuft. Damit werde der neuen Regelung beispielsweise der Freitag zum offiziellen Abendverkaufstag definiert, wäre dies für die Luzerner Altstadt-Geschäfte ein klarer Nachteil. Auch die städtische Finanzdirektorin Franziska Bitzi (CVP) findet: «Es ist problematisch, etwas Etabliertes wegzunehmen.»

Ansonsten ist Bitzi aber zufrieden mit den Vorschlägen der kantonsrätlichen Motion. «Insbesondere die Verlängerung am Samstag ist für uns sehr wichtig.» Damit werde der Leidensdruck in der Stadt schon deutlich kleiner. Wird damit auch der hoch umstrittene Tourismusrayon obsolet? Zur Erinnerung: Die Stadt plante mit dem Tourismusrayon eine Spezialzone in der Innen-



Der Kanton Luzern hat das restriktivste Ladenschlussgesetz der Schweiz. Dieses soll nun gelockert werden.

Bild: Corinne Glanzmann (Luzern, 20. Juli 2017)

Öffnungszeiten

Montag	9.00 - 18.30
Dienstag	9.00 - 18.30
Mittwoch	9.00 - 18.30
Donnerstag	9.00 - 21.00
Freitag	9.00 - 21.00
Samstag	9.00 - 16.00

Kommentar
Die Stadt Luzern hat ihr Ziel erreicht

Die Stadt Luzern sisiert ihre Pläne für eine «Tourismuszone» mit verlängerten Ladenöffnungszeiten. Der Entscheid kommt wenig überraschend. Die Gegner von längeren Öffnungszeiten haben immer betont, sie würden sich keinen Schritt bewegen, solange die Stadt ihre Pläne einer Tourismuszone nicht ad acta legt. Mit einem Vorschlag, der die wöchentliche Einkaufszeit netto um 30 Minuten verlängert, haben Gewerkschaften, Detaillistenverband und Parteien die Stadt unter Zugzwang gesetzt.

Ist der Luzerner Stadtrat also vor den Liberalisierungsgegnern eingeknickt? Die Drohkulisse mag eine Rolle gespielt haben. Viel entscheidender ist aber, dass die Stadt mit ihren Plänen für eine Tourismuszone bereits viel erreicht hat: Nur ihrem Vorpreschen ist es zu verdanken, dass man überhaupt

wieder über die Ladenöffnungszeiten spricht – was noch vor wenigen Monaten undenkbar war. Hinzu kommt, dass nun mit einer Motion ein konkreter Vorschlag auf dem Tisch liegt, der den Bedürfnissen der Stadt weit entgegenkommt. Auch diese Motion hätte es ohne den Wirbel, den die Stadt Luzern verursacht hat, nie gegeben.

Doch jetzt ist der Moment, die Maximalforderungen wieder zurückzustellen. Das Wichtigste ist, dass die Motion ohne weitere Störmanöver an die Kantonsregierung überwiesen werden kann. Denn der Vorstoss ist der kleinste gemeinsame Nenner aus Haltungen, die teils Lichtjahre auseinanderliegen. Mit der Motion ist ein Kompromiss gelungen, der die Öffnungszeiten kaum ausdehnt, aber trotzdem den veränderten Einkaufsgewohnheiten Rechnung trägt.

Ist die Motion einmal auf Kurs, brauchen die Politiker nur noch für eine sinnvolle Detailgestaltung des Gesetzes zu sorgen. So muss sichergestellt werden, dass die Läden beim Abendverkauf weiterhin einen Spielraum geniessen, etwa bei der Auswahl des Wochentags. Auch der für viele Kunden besonders ärgerliche Ladenschluss vor Feiertagen (17 Uhr) muss im Zuge der Gesetzesrevision dringend angepasst werden.



Robert Knobel,
Leiter Ressort Stadt/Region
robert.knobel@luzernerzeitung.ch

stadt, innerhalb derer die Geschäfte von verlängerten Tourismusöffnungszeiten profitieren könnten. Die speziellen Regelungen für touristische Geschäfte sind bereits im geltenden Ladenschlussgesetz festgehalten und ermöglichen zurzeit rund 40 Geschäften längere Öffnungszeiten am Abend und am Sonntag. Die vom Stadtrat geplante Ausdehnung auf die ganze Innenstadt war allerdings hoch umstritten.

Bitzi: «Bevorzugen kantonale Lösung»

Tatsächlich wird das Pilotprojekt angesichts der Entwicklungen auf kantonaler Ebene vorläufig sisiert, wie der Stadtrat mitteilt. «Wir haben immer gesagt, dass wir eine kantonale Lösung bevorzugen. Die wichtigsten Forderungen der Stadt sind mit der Motion erfüllt», sagt Franziska Bitzi. Sie weist gleichzeitig darauf hin, dass erst die Idee mit dem Tourismusrayon die blockierte Diskussion um die Ladenöffnungszeiten wieder in Gang gebracht hat. Sollte die Motion aber scheitern, so würde die Stadt das Rayonprojekt wieder aufnehmen, wie Bitzi betont.

Ob die Kantonsräte auf die Forderungen der städtischen Wirtschaftsverbände eingehen werden, ist fraglich, wie eine Umfrage bei den Parteien zeigt. SP-Fraktionschefin Ylfete Fanaj bezeichnet das Vorgehen der Verbände als «Zwängerei». Auch die meisten anderen Fraktionschefs möchten auf Nummer sicher gehen und die Motion unverändert überweisen, um den Kompromiss nicht zu gefährden. Denn auch wenn der Vorstoss von Mitgliedern aller Parteien unterstützt wird, so weht ihm dennoch ein steifer Wind entgegen. In fast jeder Fraktion gibt es Mitglieder, welche die Motion ablehnen – sei es, weil sie gegen eine Verlängerung der Öffnungszeiten sind, oder weil ihnen im Gegenteil die Liberalisierung nicht weit genug geht.

Und die Feiertagsregel?

Ohnehin ist selbst bei einer vollständigen Überweisung der Motion noch längst nicht alles in Stein gemeisselt. Die Regierung wird, basierend auf den Forderungen der Motion, zuerst eine Botschaft ans Parlament präsentieren müssen. «Dann hat der Kantonsrat immer noch Gelegenheit, über das legitime Anliegen der City-Vereinigung und des Wirtschaftsverbandes zu diskutieren», sagt etwa CVP-Fraktionschef Ludwig Peyer.

Bei der genaueren Ausgestaltung des Ladenschlussgesetzes wird wohl auch eine weitere wichtige Frage geklärt werden müssen: die Öffnungszeiten vor Feiertagen. Heute müssen die Läden vor Feiertagen nämlich schon um 17 Uhr schliessen. Die Vorfeiertagsregelung ist in der Motion kein Thema, wird aber sicher im Laufe der Gesetzesrevision noch zu reden geben.